



FLUCH ODER SEGEN? Beim auf der rot markierten Fläche geplanten Edeka-Fleischwerk scheiden sich die Geister – links daneben die Messe, oben rechts am Waldrand die Heidenstückersiedlung, weiter links die Rheinstrandsiedlung, unten der Silberstreifen.
Foto: Sandbiller

Zitate

„Man muss erst alles ausschöpfen.“

OB Heinz Feurich

„Die Bevölkerung hat das Vertrauen in die Politik verloren. Meine Fraktion kann das nachvollziehen. – Meine Fraktion wird sich nicht hinter neuen Gutachten verstecken.“

Lüppo Cramer (KAL)

„Der Grüngürtel wird immer geringer, das ist nicht im Interesse der Stadt. – Die Erholung für die Karlsruher ist beeinträchtigt.“

Rita Fromm (FDP/A)

„Die Verwaltung führt die Beeinträchtigungen selbst in ihrer Stellungnahme auf, und trotzdem wird nicht abgelehnt. – Man bringt doch normalerweise nur auf den Weg, was man auch begrüßt.“

Bettina Lisbach (Grüne)

„Die Angriffe aus dem Landkreis auf den Oberbürgermeister weisen wir zurück. – Ein so riesiges Gewerbegrundstück haben wir in Karlsruhe nicht. – Es muss eindeutig sein, dass nur sieben Prozent des Verkehrs über Karlsruhe laufen.“

Michael Zeh (SPD)

„Große Bauvorhaben stoßen stets auf Widerstand bei den Betroffenen. Deshalb müssen wir für Transparenz sorgen. Die wirtschaftliche Entwicklung muss auch möglich sein.“

Gabriele Luczak-Schwarz (CDU)

Karlsruhe bringt Fleischwerk auf Verfahrensweg

Streit entzweit Gemeinderat: Mehrheit für formale Zustimmung – Minderheit für inhaltliche Ablehnung

Von unserem Redaktionsmitglied
Rupert Hustede

Für den Oberbürgermeister und die beiden großen Fraktionen CDU und SPD ist beim Fleischwerk noch gar nichts entschieden. Mit ihrer bei allen kritischen Anmerkungen gestern Abend im Gemeinderat zustimmenden Stellungnahme im Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans durch den Nachbarschaftsverband und zum Aufstellen eines Bebauungsplans durch Rheinstetten sei nur ein formaler Zwischenschritt getan, betonte Heinz Fenrich. Dies sage aber noch gar nichts über den späteren Beschluss nach Auslegung und Erörterung der Pläne seitens der Stadt zu dem Industrieprojekt der Nachbargemeinde auf den Feldern vor der Stadt aus. Dies sahen die Fraktionen der Grünen sowie von FDP/A und KAL ganz anders: Sie sagten entschieden

Nein und warfen den Ja-Sagern ein unehrliches Verstecken hinter Gutachten und Verfahrensfragen vor, das die betroffenen Bürger nicht mehr verstehen würden. Nach ihrer Ansicht liegen längst genug Fakten auf dem Tisch, um die Fleischfabrik entschieden abzulehnen (siehe Kommentar, Zitate und Südwestecho).

Nach „dem positiven Zeichen des Reinerholungspräsidiums“ zur möglichen Zielabweichung vom Flächennutzungsplan – der eigentlich ein Erholungsgebiet westlich zwischen Messe und Oberreut und keine teilweise Bebauung mit einer Wurstfabrik vorzieht – „sind wir jetzt dran, das Verfahren in Gang zu setzen“, sagte Fenrich. Endgültig entscheiden aber werde man über die Karlsruher Position

erst später. „Es gibt keinen formalen Grund mehr, das Verfahren zu verzögern“, meinte der OB. CDU-Fraktionschefin Gabrielle Luczak-Schwarz sah dies ähnlich. Schließlich gehe es nun erstmal darum, nur einen Aufstellungs- und Auslegungsbe-

schluss zu fassen, nachdem der Verband Planungssicherheit erhalten habe. Damit sei aber eine generelle

„Per Vertrag keine Lkw mit Fleischladung durch Karlsruhe“

Zustimmung nicht verknüpft, sondern man müsse „erstmal weiter abwarten“. Steht doch noch ein Klimagutachten aus sowie die Erörterung der Kritikpunkte. So dringe die CDU darauf, dass besonders die 400 Lkw, die täglich das Fleischwerk anfahren „per Vertrag mit Edeka“ von der B 36 durch Karlsruhe fern gehalten und durch Forchheims Silberstreifen geleitet werden. Auch Mi-

chael Zeh (SPD) versicherte, man nehme die Ängste der Bevölkerung ernst und könne ihren Unmut nachvollziehen. Doch gehe es vorerst eben nur um „ein Zwischenergebnis“ für das über 700 Arbeitsplätze bringende Projekt.

Bettina Lisbach (Grüne) forderte jetzt eine „Politische Entscheidung“. Längst seien die Beeinträchtigungen für viele Karlsruher Bürger und die erheblichen Belastungen für die Landschaft mit einem unverantwortbaren Flächenverbrauch klar. Rita Fromm (FDP/A) legte „entschiedenen Widerspruch“ ein. Das Naherholungsgebiet werde sonst zerstört und das Land prangere doch sonst einen solchen Flächenverbrauch an. Lüppo Cramer (KAL) meinte, dass mit einer Zustimmung die Interessen der Bürger von Grünwinkel, Oberreut und Daxlanden „in eklatanter Weise“ verstößten werde.